

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

232 (4.10.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.60 DM, zurücklich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landesmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgegeben, Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4./53. Jahrgang

Samstag, den 4. Oktober 1952

Nr. 232

VOM TAGE

Bundespräsident Heuss beendete seinen Urlaub in Schwaben (Albgau). Er wird am Samstag an einer Verwaltungsratsitzung des Germanischen Museums in Nürnberg teilnehmen.

Das große Verdienstkreuz wurde dem Leiter der Personalabteilung in der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, Landesarbeitsamtspräsident a. D. Friedrich Gärtner, verliehen.

Dr. Heinz Krekeler, der deutsche Geschäftsträger in Washington, stellte dem UN-Generalsekretär Trygve Lie den deutschen Beobachter bei den UN, Hans Riedler, vor.

Gegen den deutschen Oberleutnant a. D. Herbert Kappler, der in Rom wegen der Erschießung von 335 italienischen Geiseln zum Tode verurteilt worden war, beginnt am 24. Oktober ein Berufungsverfahren.

Das britische Außenministerium hat Sir Roger Makins zum neuen britischen Botschafter in Washington ernannt. Makins soll den bisherigen Botschafter Sir Oliver Franks ablösen.

Die britische Antwortnote an den Iran wegen des Ölkonflikts soll noch innerhalb der von Ministerpräsident Mönninghagen gestellten Frist am Samstag in Teheran überreicht werden.

Verdacht auf Landesverrat

Karlsruhe (UP). Der Oberstaatsanwalt hat am Donnerstag gegen den Sport-Journalisten Ernst Peter Frahm und den Kaufmann Harald Freidank, beide aus Kiel, sowie einen namentlich nicht bekannten Pressezeichner die Eröffnung der Voruntersuchung beantragt. Frahm wird beschuldigt, während der Winterspiele in Oberhof (Sowjetzone) Beziehungen zu einem ausländischen Nachrichtendienst angeknüpft und diesem fortlaufend Nachrichten über Einrichtungen der britischen Besatzungsmacht gegeben zu haben. Frahm gelang es angeblich, den angeschuldigten Freidank, der im britischen Pressebüro in Kiel tätig war, zur Mitarbeit zu überreden. Bei dem dritten Beteiligten handelt es sich um einen Pressezeichner aus Kiel, der von der angeblich landesverräterischen Tätigkeit Kenntnis gehabt haben soll, ohne Anzeige zu erstatten.

Röhm-Revolte wird aufgerollt

Kassel (UP). Die Vorgänge am 30. Juni 1934, vor allem ihre Hintergründe und Auswirkungen in Schlesien, werden jetzt in einem Monstre-Prozess vor dem Schwurgericht in Kassel wieder aufgerollt. Zwei ehemalige Angehörige der SS, der 42 Jahre alte Herbert Bischoff aus Arölsen und der 50 Jahre alte Johann Finsterwalder aus Peisenberg in Oberbayern, sollen während der „Revolte“ des SA-Stabschefs Röhm und seiner Anhänger in Glogsdorf bei Glogau in Schlesien den jüdischen Arzt Dr. Lindemann erschlagen und den jüdischen Rechtsanwalt Dr. Jacobson schwer mißhandelt haben. Finsterwalder gab am ersten Verhandlungstag zu, daß er mit anderen SS-Männern auf Befehl seiner SS-Standarte den Rechtsanwalt festgenommen und ihm einige „richtige bayrische Klönnaken“ versetzt habe. Seine Komplizen hätten den Rechtsanwalt auf eine Couch geworfen und mit Gummiknüppeln verprügelt. Von der Ermordung des Arztes wolle er nichts wissen. Zynisch erklärte der Angeklagte Bischoff, daß er heute noch kein Judefreund und immer Antisemit gewesen sei.

Heisenberg fordert deutsche Atomforschung

„Unsere Uranvorkommen reichen aus“ — Adenauer: Wir sind auf dem richtigen Weg

Frankfurt (E.B.). In einem Festakt anlässlich des 25jährigen Bestehens des Verbandes der chemischen Industrie in der Frankfurter Paulskirche sagte Bundeskanzler Adenauer, er sei überzeugt, daß die Montanunion und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft der richtige Weg zur Föderation Europas seien. Auch die jetzt noch abseits stehenden Völker Europas könnten sich auf die Dauer der Anziehungskraft dieser Föderation nicht entziehen. Der Bundeskanzler versicherte, daß nicht daran gedacht sei, ähnlich der Montanunion eine „chemische Teilunion der europäischen Völker“ zu schaffen.

Es erfülle ihn mit großer Sorge, sagte Dr. Adenauer weiter, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes die geistige Arbeit unterbewertet werde. Das deutsche Volk müsse begreifen, daß die Handarbeit nicht bestehen kann, wenn die geistige Arbeit zurückgesetzt wird. Zur Förderung des Chemieverbandes auf eine grundsätzliche Änderung des Steuersystems erklärte der Kanzler, auch die Bundesregierung sei sich darüber im klaren, daß nach Überwindung der Nachkriegsschwierigkeiten die große Steuerreform den künftigen Aufbau der Wirtschaft mehr als bisher berücksichtigen müsse.

Wenn die deutsch-alliierten Verträge in Kraft treten, würden auch die noch bestehenden Beschränkungen auf dem Gebiet der Kernphysik-Forschung fallen.

Der deutsche Kernphysiker und Nobelpreisträger Prof. Werner Heisenberg forderte in seiner Ansprache nachdrücklich die Zulassung Deutschlands zur Atomforschung. Heisenberg

Adenauer berief Europa-Konferenz ein

Kimball und Draper beim Kanzler — Gespräch über den Verteidigungsbeitrag

Bonn (E.B.). Bundeskanzler Adenauer hat als Präsident des Ministerrats der Montanunion Vertreter der Schumanländer für das Wochenende nach Bonn zu einer Konferenz eingeladen. Es sollen Empfehlungen für die praktische Verwirklichung der europäischen politischen Gemeinschaft zur Übermittlung an das Montanparlament ausgearbeitet werden.

Die Regierungen wurden gebeten, Vertreter im Rang von Staatssekretären und Ministerialdirektoren zu der Europakonferenz in Bonn zu entsenden. Die Bundesrepublik wird durch Staatssekretär Hallstein, Belgien durch den Gesandten Wahlavens, Frankreich durch Monsieur Seydoux, Italien durch Botschafter Valetti, Luxemburg durch den Gesandten Majerous, die Niederlande durch den Rechtsberater des niederländischen Außenministeriums, Riphagen, vertreten sein.

Der CDU-CSU-Pressedienst berichtet dazu, die Besprechungen würden sich zunächst mit den Zuständigkeiten beschäftigen, die den Organen der Montanunion und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zugeordnet werden sollen. Durch die Festlegung der Zuständigkeiten solle eine sinnvolle Grundlage für die politische Zusammenarbeit geschaffen werden. Ferner soll beraten werden, wie die Abgeordneten in einem zukünftigen europäischen Bundesrat und Bundestag gewählt werden. Die Konferenz solle sich schließlich auch mit der Exekutive und dem Gerichtshof beschäftigen.

Der Bundeskanzler Dr. Adenauer traf in Bonn mit US-Marineminister Kimball und dem Chef des Amtes für gemeinsame Sicherheit (MSA) in Europa, William Draper, zusammen. An einem Essen, das der Leiter der MSA in Deutschland, Michael Harris, für Draper

gab, nahm auch Vizekanzler und ERP-Minister Blücher teil.

Die Gespräche zwischen den deutschen Persönlichkeiten und Draper dürften sich nach Ansicht informierter Kreise vor allem um die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Verteidigung und auch die mögliche Höhe eines deutschen Verteidigungsbeitrages für das nächste NATO-Finanzjahr gedreht haben. Der deutsche Verteidigungsbeitrag für 1953 soll in Kürze in Paris zusammen mit den Beiträgen der NATO-Länder festgesetzt werden. Der NATO-Fragebogen, der Aufschluß darüber geben soll, was die Bundesrepublik leisten kann, ist bereits zum größten Teil im Bundesfinanzministerium ausgefüllt und nach Paris abgeschickt worden.

Das Bundesfinanzministerium hatte kürzlich mitgeteilt, daß die Bundesrepublik im laufenden NATO-Jahr — vorausgesetzt, der Europa-Armeevertrag tritt am 1. Januar 1953 in Kraft — rund 11,3 bis 11,6 Milliarden DM aufzubringen hat. Damit sei die Finanzkraft des Bundes erschöpft. Der Bundesfinanzminister werde dafür eintreten, daß bei der Festsetzung des deutschen finanziellen Verteidigungsbeitrages für das nächste NATO-Jahr die Berlinhilfe in Höhe von rund 1,5 Milliarden DM im Gegensatz zur diesjährigen Regelung voll als Verteidigungskosten angerechnet wird. Der Bundesfinanzminister ist ferner der Ansicht, daß vom 1. Juli 1953, dem Beginn des kommenden NATO-Jahres an, die Stationierungskosten für alliierte Truppen in Deutschland nicht mehr aus deutschen Mitteln bezahlt werden sollten, sondern der deutsche finanzielle Verteidigungsbeitrag ausschließlich für die Europa-Armee verwendet wird.

Hoffmann konferierte zweimal mit Schuman

Noch keine Einigung — Schuman will Adenauer nächste Woche antworten

Paris (UP). Der französische Außenminister Robert Schuman traf am Freitag zweimal mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann zusammen. Bei der ersten Unterredung war auch der französische Botschafter im Saargebiet, Gilbert Grandval, zugegen.

Hoffmann und Grandval verweigerten jegliche Auskunft über den Inhalt ihrer Gespräche. Hoffmann meinte, es müsse noch „zwei oder drei Tage“ gewartet werden, ehe eine Stellungnahme gegeben werden könne. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß Schuman den beiden Vertretern aus Saarbrücken eine Erläuterung zu den letzten Vorschlägen Adenauers gegeben hat.

Die Morgenstimmung verlief nicht ganz planmäßig, da Grandval wegen einer Autopanne zu spät in Paris eintraf. An dieser Sitzung nahmen auch Jacques de Beaumarchais, der Leiter der Saarabteilung am Quai d'Orsay, und Richard Kira, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei des Saarlandes, teil. Während der ersten Unterredung Schuman-Hoffmann dementierte ein Sprecher des französischen Außenministeriums, daß bei der Unterredung zwischen Schuman und Staatssekretär Hallstein am Vortage irgendein Übereinkommen über die Saar erzielt worden sei. Er fügte hinzu: „Es wird noch einige Zeit

dauern, bis eine Einigung zustandegekommen ist“.

Am Nachmittag kam es überraschend zu einer zweiten Unterredung zwischen Schuman und Hoffmann, die 18 Minuten dauerte. Auch über ihren Inhalt wurde nichts bekannt. Nach Beendigung der ersten Unterredung, die über zwei Stunden dauerte, hatte Hoffmann mitgeteilt, daß keine weitere Besprechung vorgesehen sei. Hoffmann fuhr noch am späten Nachmittag nach Saarbrücken zurück, um seine Regierung über den Inhalt der Pariser Unterredung zu unterrichten.

Wie aus Bonn verlautet, wird die Antwort Schumans auf die neuen Vorschläge des Bundeskanzlers zur Regelung der Saarfrage frühestens in der kommenden Woche erwartet. Schuman wird nach den hier vorliegenden Informationen zunächst das Pariser Kabinett von Inhalt des Schreibens Dr. Adenauers in Kenntnis setzen und über seine Unterredungen mit Staatssekretär Hallstein und dem saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann berichten. Von einer bereits erteilten Einigung könne keine Rede sein. Auf der anderen Seite werden die neuen deutschen Vorschläge für die Lösung der Saarfrage im Bundeskanzleramt als eine akzeptable Grundlage für eine Bereinigung des Problems angesehen. Dr. Adenauer nannte sie „für die Bundesrepublik, Frankreich und die Saar gleichermaßen annehmbar“.

Der neue schriftliche Vorschlag des Bundeskanzlers für eine befriedigende Regelung der Saarfrage hat zwei Kernpunkte: 1. Es kann sich jetzt nur um eine provisorische Lösung handeln. 2. Die deutsche de-jure-Souveränität über das Saargebiet muß ausdrücklich anerkannt werden. Die Anregungen des Bundeskanzlers haben ferner folgende weitere Maßnahmen zum Ziel: Politische Bewegungsfreiheit für die produzierenden Parteien, Verschiebung der Landtagswahlen im Saargebiet bis zum Frühjahr nächsten Jahres, und den Entwurf eines vorläufigen Europa-Statuts für die Saar, das nach einigen Jahren nach einer Volksabstimmung durch eine endgültige Europäisierung abgelöst werden könnte.

Bonn und Paris scheinen bestrebt zu sein, möglichst noch vor dem Wiederausbruch der Nationalversammlung am 8. Oktober zu einer gewissen Verständigung zu kommen. Im Bonner auswärtigen Amt wird in diesem Zusammenhang von einer „Zug-um-Zug“-Regelung gesprochen.

Die CDU-Saar hat am Freitagnachmittag der Regierung des Saarlandes erneut ein Protestschreiben überreicht und die dritte Ablehnung ihres Zulassungsantrages als einen Verstoß gegen das Naturrecht bezeichnet. Die neu gegründete, aber noch nicht genehmigte Partei, deren dritter Registrierungsantrag von der Regierung des Saarlandes mit dem Vermerk zurückgereicht wurde, daß die bisher gelieferten Unterlagen nicht allen vom Parteigesetz geforderten Bestimmungen Rechnung tragen, betont in ihrem Schreiben, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehe und damit eine Stellungnahme zu den grundsätzlichen Fragen des staatlichen Gemeinschaftswesens im Rahmen der Verfassung erfolgt sei. Die von der Regierung zurückgegebenen Unterlagen wurden jetzt erneut eingereicht und dabei gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer sofortigen Entscheidung hingewiesen.

Querschnitt der Woche

von Eduard Funk

Der Disput um das Saarland hat eine beunruhigende, aber zweifelloso beabsichtigte Verschärfung erfahren durch Erklärungen des Botschafters Grandval, der als Vertreter der französischen Regierung in Saarbrücken unablässig daran arbeitet, eine Verständigung zwischen Bonn und Paris zu verhindern. Nachdem Außenminister Schuman in einer Verlautbarung eine gewisse Konzessionsbereitschaft angedeutet und der Bundeskanzler verhindert hatte, daß durch Saardebatten im Straßburger Ministerrat und im Bonner Bundeshaus eine vielleicht unüberbrückbare Kluft aufgerissen würde, hat Grandval in geradezu diabolischer Weise die Ansätze einer Einigung zu zerstören versucht. Mit der erpresserischen Drohung, die französische Nationalversammlung werde vor einer Lösung des Saarproblems weder dem Deutschland noch dem Verteidigungsvertrag ratifizieren, verband er die Forderung, die Regelung im Saarland müsse endgültig sein und auch die politische Abtrennung dieses Gebietes von Deutschland vollzogen werden.

Monsieur Grandval ist sich zweifelloso darüber im klaren, daß solche Forderungen von niemand in Bonn akzeptiert werden können. Als die Alliierten nach Kriegsende das Saargebiet zu einem „autonomen“ Land machten und seine wirtschaftliche Angliederung an Frankreich genehmigten, stellten sie ausdrücklich fest, daß seine Bevölkerung deutsch sei und ihr Land zum Verband des deutschen Staatsgebietes gehöre. Damit war die politische Loslösung der Saar von Deutschland ausdrücklich ausgeschlossen worden. Und ferner ist Botschafter Grandval sicher bekannt, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik den Verzicht auf irgendwelches deutsches Gebiet verbietet. Dr. Adenauer wird daher schon Mühe genug haben, durch seine Juristen ausklügeln zu lassen, ob und wie eine „Europäisierung“ der Saar mit diesem Grundgesetz in Einklang gebracht werden könnte.

Vielleicht gerade deshalb hat er in seinen neuen Vorschlägen, die Staatssekretär Hallstein am Donnerstag in Paris Außenminister Schuman überbrachte, nur ein provisorisches Europa-Statut für das Saargebiet vorgeschlagen, das erst dann seine endgültige Fassung erhalten soll, wenn die Integration derjenigen europäischen Staaten vollzogen wird, für welche die Verfassungsgebende Versammlung der Montanunion den Zusammenschluß vorbereitet soll. Außerdem wünscht Dr. Adenauer eine Revision der Wirtschaftskonventionen, um der saarländischen Regierung eine gewisse „Mitbestimmung“ bei der Verwaltung der Gruben und Eisenbahnen einzuräumen. Sollte sich ferner Frankreich damit abfinden können, daß auch die deutsche Währung im Saargebiet konvertierbar wird und die Produkte dieses Landes den übrigen Partnern der Montanunion zu gleichen Preisen zugänglich werden, dann dürfte einer Regelung des Gesamtproblems nicht mehr viel im Wege stehen. Voraussetzung dabei bleibt natürlich, daß die Saarbevölkerung selbst über ihr künftiges Schicksal abstimmen und einen neuen Landtag wählen darf, zu dem sämtliche Parteien zugelassen werden. Erfreulicherweise scheint dieses Programm in Paris nicht ungünstig aufgenommen worden zu sein, wenigstens dürften. Nur Herr Grandval hat bisher auch dazu schon rundweg „Nein“ gesagt.

Wenn man diese Probleme überdenkt, dann taucht allerdings immer wieder die Frage auf, ob man in Paris wirklich einen Verständigung mit dem östlichen Nachbarn wünscht. Nicht nur die kürzlichen Erklärungen Grandvals mußten den deutschen Beobachter stutzig machen, sondern auch die sich mehrenden Gerüchte, daß die Stellung Schumans als Außenminister gefährdet sei. Die Opposition gegen ihn kristallisiert sich zwar — soweit sie öffentlich ausgesprochen wird — um die Kritik an seiner angeblichen Nachgiebigkeit in der Saarfrage und gegenüber den tunesischen Unabhängigkeitsforderungen, in Wirklichkeit aber wird hinter ihr das Bestreben sichtbar, die Ratifizierung des von Frankreich selbst vorgeschlagenen Vertrags über die Europa-Armee auf die lange Bank zu schieben.

Eine delikate Sensation brachte der Bundestagsabgeordnete Wehner in diesen politischen Komplex, als er vor dem SPD-Parteitag in Dortmund Enthüllungen über ein vermeintliches West-Ost-Komplotz zur Verhinderung der Wiedervereinigung Deutschlands ankündigte. Wehner spielte dabei auf eine Konferenz an, die im Juni dieses Jahres in Genf stattfand. Der damalige französische Botschafter in Moskau, Chataigneau, hatte dort eine Zusammenkunft hoher Beamter des Quai d'Orsay mit sowjetischen Funktionären arrangiert, bei der aber nicht über das Problem der deutschen Einigung gesprochen, sondern vereinbart wurde, daß Frankreich auf eine Reduzierung des deutschen Kontingents in der Europa-Armee drängen und deren Bildung möglichst verzögern sollte.

Ermutigt durch diesen Erfolg ging Stalin um einen Schritt weiter, als er am 22. August den neuen französischen Botschafter Bokse empfing. Diesem versicherte er, daß zwischen der Sowjetunion und Frankreich keine gegensätzlichen Interessen bestünden und er deshalb den im Dezember 1944 abgeschlossenen Freundschaftsvertrag noch als gültig betrachte. Stalin god damit Wasser auf die Mühlen jener Franzosen, die auch heute noch von den „au-

ten alten Zeiten" der russisch-französischen Allianzen träumen und den soeben erwähnten Vertrag, der übrigens von de Gaulle geschlossen wurde, wieder aufbürsten möchten. Bei diesen Wünschen begegnen sich die rechtsradikalen Kreise Frankreichs mit den linksradikalen, denn ihnen gemeinsam ist das Bestreben, die Spaltung Deutschlands aufrecht zu erhalten. Diese Feststellungen beruhen jedoch nicht auf dem Wissen um „geheimen Komplotten“, sondern sie sind schon geraume Zeit jedem einigermaßen aufmerksamen Politiker bekannt.

Zweifellos auch Dr. Adenauer, der gerade deshalb auf eine baldige Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge durch den Bundestag drängt. Er will damit Paris vor eine unaustrichliche Alternative stellen, weil die französische Nationalversammlung nach der Ratifizierung dieser Verträge in Bonn, London und Washington sich kein längeres Zögern mehr leisten kann, wenn sie nicht riskieren will, daß im anderen Falle zwischen Deutschland und den USA separate Vereinbarungen einer engeren politischen und militärischen Zusammenarbeit getroffen werden, da man in Washington entschlossen ist, notfalls auch ohne französische Mitwirkung die Verteidigung Westeuropas weiter auszubauen.

Die amerikanische Außenpolitik hat übrigens einen nicht zu unterschätzenden Antriebsfaktor erhalten durch den Ausgang der Parlamentswahlen in Japan. Die Partei des Ministerpräsidenten Yoshida, die sich „liberal“ nennt, im Grunde aber konservativ ist, erlitt zwar gewisse Einbußen, behauptete jedoch ihre absolute Mehrheit. Damit dürfte die Fortsetzung der engen Verbindung Japans mit den USA gesichert bleiben. Umso peinlicher ist der bei den japanischen Wahlen eingetretene Rückschlag im Kräfteverhältnis der Parteien für Moskau, weil die Kommunisten ihre sämtlichen 22 Mandate einbüßten. Der Krenel muß daher vorläufig alle Hoffnungen auf eine Bolschewisierung dieses Landes abschreiben.

Und ebenso kann als gewisser Erfolg der „Eindämmungspolitik“ der USA gegenüber der kommunistischen Gefahr der Umstand angesehen werden, daß Stalin zu Beginn seines Parteikongresses in Moskau verkündete, die Sowjetunion werde keinen der „kapitalistischen“ Staaten angreifen. Vielleicht hat er in der Tat inzwischen eingesehen, daß jede Aggression für ihn ein existenzgefährdendes Unternehmen wäre. Infolgedessen beschränkte er sich in seiner schriftlich niedergelegten außenpolitischen Konzeption auf die Erwartung, daß die kapitalistischen Länder von selbst zusammenbrechen und sich auflösen werden.

Als Stalin dies schrieb, war die Jahreskonferenz der britischen Labour Party noch nicht zu Ende. Auf ihr errang zwar der von Bevan geführte Oppositionsflügel einen gewissen Erfolg, als es ihm gelang, im Parteivorstand die alten Labour-Kämpfer Morrison und Dalton durch radikale „Rebellens“ zu ersetzen, aber sämtliche Anträge der „Bevaniten“ gegen die Wiederanrufung Deutschlands, gegen die Rüstungspolitik Churchills, gegen die enge Zusammenarbeit mit den USA verfielen mit überwältigender Mehrheit der Ablehnung. Die Gegner der europäischen und atlantischen Gemeinschaft haben damit eine beachtliche Niederlage einstecken müssen.

Ein chinesischer Friedensführer?

Peking (UP). Auf der „Asiatisch-pazifischen Friedenskonferenz“, die in Peking eröffnet wurde, forderte der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Kuo Mo Jo den Abschluß eines Waffenstillstandes unter folgenden Bedingungen: Rückzug aller ausländischen Truppen aus Korea, bedingungsloser Austausch aller Kriegsgefangenen und sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen. Auch die Kriege in Indochina und Malaya sollten auf gerechter und vernünftiger Grundlage beendet werden. Mit Japan sollte ein Friedensvertrag abgeschlossen werden, sobald die ausländischen Besatzungstruppen abgezogen sind.

Aktive Nahostpolitik der Bundesregierung

Wieder diplomatische Beziehungen nach Kairo - Unterstützung arabischer Flüchtlinge

Bonn (E.B.) Das Auswärtige Amt gab bekannt, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten wieder aufgenommen worden sind. Es wurde vereinbart, diplomatische Vertreter im Range von Botschaftern auszutauschen.

Die ägyptische Regierung sei gleichzeitig darüber informiert worden, daß dem in dem beiderseitigen Beglaubigungsschreiben enthaltenen Titel „König von Ägypten und des Sudans“ eine politische Bedeutung nicht beizumessen sei. Als erster deutscher Botschafter nach dem Kriege wird Günther Pawelke nach Kairo gehen.

Gleichzeitig hat der deutsche Geschäftsträger in Washington, Dr. Heinz Krekler, den Vereinten Nationen mitgeteilt, daß die Bundesrepublik für den Fonds zur Unterstützung der arabischen Flüchtlinge aus Palästina 100 000 DM zur Verfügung stellen wird. Wie in diesem Zusammenhang aus dem Auswärtigen Amt in Bonn weiter mitgeteilt wurde, ist noch keine der angekündigten arabischen Delegationen in der Bundeshauptstadt vorstellig geworden, die gegen den Abschluß des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens protestieren wollten.

Norwegen hält Schiffe zurück

Die norwegische Regierung hat die Rückgabe von drei Schiffen, die der amerikanische und britische Hochkommissar Bundeskanzler Dr. Adenauer zugesagt hatten, abgelehnt. Die

drei Schiffe waren Norwegen nach 1945 von der Dreimächte-Handelschiffahrtskommission aus dem Bestand der ehemaligen deutschen Handelsflotte zugesprochen worden. Sie sollten jetzt zusammen mit 50 weiteren, von denen sich drei in Großbritannien und der Rest in der Bundesrepublik befindet, in deutsche Hände zurückgegeben werden. Das norwegische Außenministerium erklärte, die drei in norwegischem Besitz befindlichen Schiffe seien während der deutschen Besetzung Norwegens auf norwegischen Werften auf Anordnung der deutschen Wehrmacht gebaut und mit Geldern der norwegischen Staatsbank bezahlet worden. Die norwegische Regierung sehe infolgedessen die drei Schiffe als norwegisches Eigentum an und könne einer Auslieferung an die Bundesrepublik nicht zustimmen.

Bonn will U-Boot-Dokumente

Das britische Außenministerium teilte mit, daß die drei westlichen Großmächte gegenwärtig ein Ersuchen der deutschen Bundesregierung um Rückgabe von Teilen deutscher Dokumente und Archive erwägen. Ein Sprecher des Foreign Office sagte noch, daß die Bundesrepublik „gewisse Dokumente“ zurückhaben wolle. Er lehnte es jedoch ab, sich näher dazu zu äußern. Englische Presseberichte sprechen davon, daß sich unter den gewünschten Dokumenten ein wertvolles Archiv über den U-Bootkrieg befinde.

Erster britischer Atomversuch geglückt

4000 Meter hohe Explosionswolke - Neue Methode der Atomspaltung?

Perth/Australien (UP). Am Freitag morgen gelang auf dem der Nordwestküste Australiens vorgelagerten Montebello-Archipel der erste britische Atomversuch, die 26. bekannte Atom-Explosion der Geschichte.

In einem in Perth verbreiteten Kommunique, das aus einem einzigen Satz bestand, teilte die britische Admiralität im Namen Premierminister Churchills mit, daß der erste Versuch mit einer britischen „Atomwaffe“ erfolgreich verlaufen sei. Dem Vernehmen nach wurde die „Waffe“ von einem Turm aus zur Entzündung gebracht. Berichte aus Sydney besagen, daß es sich um „eine Art Bombe“ gehandelt habe. Dem Versuch würden bald weitere folgen.

Rund 5000 britische Soldaten verfolgten den Versuch von 16 Kriegsschiffen aus. Die Operation stand unter dem Oberbefehl des britischen Admirals Torlesse, die wissenschaftliche Leitung hatte Dr. Penney, Leiter des Amtes für Waffenforschung im britischen Versorgungsministerium, der an der Entwicklung der ersten amerikanischen Atom-bombe mitgearbeitet hatte.

Die Beobachter auf dem Festland unterschieden deutlich zwei Explosionen; auf eine erste schwache Explosion folgte ein lauter Donnererschlag. Dazwischen lag ein dumpfes Rollen. Ein halbkreisförmiger orangefarbener Lichtschein, der untergehenden Sonne ähnlich, war trotz des hellen Tageslichtes deutlich wahrnehmbar. Gegenüber den Montebello-Inseln, in unmittelbarer Nähe der australischen Küste, erstreckte die Erde. Der Luftdruck war so stark, daß er in den Ohren schmerzte. Innerhalb von vier Minuten hatte die Explosionswolke eine Höhe von 4000 Metern erreicht. Sie war am Boden breit und verjüngte sich nach oben zu. Wenige Minuten später hatte der Rauchpik die Umrise eines riesigen „Z“ angenommen. Die Konturen waren noch kurze Zeit sichtbar, dann zerstreute der Wind die Explosionswolke. Über die Insel legte sich ein milchiger Dunst.

Die zweite Explosion trat in Sydney nie Auffassung bestärkt, daß Großbritannien eine neue Methode zur Auslösung von Atomspaltungen entwickelt hat. V. A. Bailey, Professor für Physik an der Universität Sydney, erklärte, es sei sehr wohl möglich, daß die erste Eraditionierung von einem neuen Mittel beruhte, die zu spaltenden Elemente schneller zusammenzubringen, um dadurch eine wirkungsvollere Hauptexplosion zu erzielen.

Die Montebello-Inseln bestehen aus einer Reihe oder Korallenriffe. Außer Schlangen, Eidechsen, Seehunden und einigen Adlern sind auf den Inseln keine Lebewesen zu finden. Die natürlichen Perlschichten boten früher den japanischen Perlschnecken Schutz vor den heftigen Wirbelstürmen, die in dem Seegebiet um die Inseln oft unerwartet die Schiffe in Gefahr bringen. Die Inseln und die umliegenden Gewässer waren seit Wochen für jeden Schiffs- und Flugverkehr gesperrt. Die Versuche fanden unter rein britischer Aufsicht statt. Die australische Regierung war an ihnen unbeteiligt. Sie gab lediglich die Erlaubnis für die Benutzung des Geländes.

Premierminister Churchill hat auf Schloß Balmoral in Schottland Königin Elisabeth II. über den ersten britischen Atomversuch Bericht erstattet. Gleichzeitig übersandte der Premierminister den verantwortlichen britischen Wissenschaftlern Telegramme, in denen er ihnen zum Erfolg dieser ersten Explosion gratulierte.

USA für Tunesienabgabe der UN

New York (UP). Die USA haben Frankreich davon in Kenntnis gesetzt, daß sie den französischen Standpunkt in der Tunesienfrage vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen nicht unterstützen könnten, falls Frankreich sich weigere, einer vollen und freien Tunesienabgabe zuzustimmen. Falls Frankreich einer Tunesienabgabe vor der UN-Generalversammlung zustimmt, wollen die USA bei den Vereinten Nationen dafür ein-



Die USA besitzen ein 20-tonnen-Atomgeschütz mit dem aber auch gewöhnliche Sprenggranaten abgefeuert werden können. Diese „Dicke Berta“ des Atomzeitalters hat 22 km Reichweite, wiegt 85 t, wird freischwebend zwischen zwei geländepängigen Transportfahrzeugen befördert und kann auf der Straße mit 55 km/Std. gefahren werden. Das Geschütz wird elektrisch gerichtet und ist auf einer Drehscheibe so leicht beweglich, daß es auch von einem Mann im Hand- und Schnellbetrieb bedient werden kann. Unser Bild zeigt den mechanischen Transport einer Granate in das Geschütz.

treten, den Tunesienkonflikt durch direkte französisch-tunesische Verhandlungen zu einer Lösung zu bringen.

Massenproduktion ferngelenkter Waffen

Seattle (UP). Präsident Truman gab im Verlauf einer Wahlrede bekannt, daß ferngelenkte Geschosse jetzt in Massenfertigung hergestellt und in Kürze in den Händen der amerikanischen Soldaten sein werden. Gleichzeitig gab Truman bekannt, daß auch auf dem Gebiete der Atomwaffen große Fortschritte erzielt worden seien. Der zweite amerikanische Riesenbomber, die X B-52, machte seinen ersten Probeflug. Das Flugzeug ist mit acht D88-triebsmotoren ausgerüstet und blieb wie das US-Verteidigungsministerium bekanntgab, 2 Stunden und 42 Minuten in der Luft. Die X B-52 soll die sechsmotorige B-36 und ihre Weiterentwicklungen ablösen. Die Flugzeuge gehören zu der strategischen Luftstreitmacht der USA und können von ihren Flugfeldern in den USA jeden Punkt der Erde angreifen.

Benzinfall täuschte Atombombe vor

Spaßvögel narren die Reporter
Perth (UP). Die Einwohner des kleinen westaustralischen Hafendörfchens Onslow wurden schon vor dem Atomversuch der britischen Streitkräfte durch eine heftige Detonation aus dem Schlaf gerissen. Viele der Pressevertreter, die zum Tag in Onslow auf die britischen Atomversuche auf den 50 Kilometer entfernten Montebello-Inseln warteten, sprangen aus ihren Betten und stürzten mit ihren Kameras an die Küste, um als erste ein Bild von dem erwarteten großen Rauchpilz zu ergattern. Jedermann in Onslow war der Ansicht, daß die „Stunde Null“ angebrochen sei. Dem war aber nicht so. Es dauerte nicht lange, bis die Ursache der Detonation geklärt werden konnte. Zwei Witzbolde hatten eine Ladung Sprengstoff in

DAS SPIEL IST AUS CELIA!
ROMAN VON ANITA HUNTER.

Copyright by Hamano-Meyerpress
durch Verlag v. Grabeg & Gög, Wiesbaden
(12. Fortsetzung)

Geborsam wie ein Kind trank der Kanake jetzt das Glas leer, das Dr. Algot ihm gab. Wenige Minuten später trug ihn Algot auf eines der schmalen weißen Krankenbetten.

Dann ging er zu seinem Schreibtisch. Lautlos öffnete sich ein Geheimfach. Algots Hände zitterten nicht, als er eine feingeflochtene Schnur herausnahm. Er schob sie beinahe schloß in die Tasche. Seine Bewegungen waren ruhig und beherrscht. Seine Atem ging nicht schneller, nur sein Gesicht war erstarrt, wie die bronzene Maske einer Götterfigur.

Als er zur Garage hinüberging, sah er sich noch einmal um. Sein Blick suchte die Fenster von Cellas Zimmer. Alles war dunkel.

Unwillkürlich tastete seine Finger nach der seidnen Schnur, der gefährlichsten Waffe seiner Ahnen!

„Das Spiel ist aus — Celia!“ Hatte er es laut gesagt? Er wollte es nicht, er handelte wie im Fieber — aber er war ganz ruhig. Er würde Märta retten!

Die Tür der Garage war nur angelehnt. Er rannte Licht. Rick stand über einem der Wagen gebeugt und bastelte an einem Motor.

Einen Augenblick zögerte Dr. Algot, dann aber ging er ganz ruhig auf seinen Wagen zu. Rick hob den Kopf. Er hatte jetzt erst gemerkt, daß jemand gekommen war.

„Oh, Dr. Algot! — Ich konnte nicht schlafen bei dieser Hitze, da fiel mir ein, daß der Motor von Grymes Wagen gestern so sonderbar geklopft hatte, und nun bin ich dabei, ihn zu reparieren...“

Algot antwortete nicht, er stieg in seinen Wagen.

„Wollen Sie jetzt noch fortfahren, Doktor?“

Wieder kam keine Antwort. Jetzt wurde Rick aufmerksam. Er kam näher. Forschend sah er Dr. Algot an.

„Kann ich Ihnen helfen? Ist etwas geschehen? Soll ich mitkommen?“ Algot lachte kurz auf — es war ein seltsames, unheimliches Lachen.

„Da, wo ich hinfahe, da haben Sie nichts zu suchen, Herr Stjernval!“

Rick prüfte zurück. Welch eine Drohung und Verachtung klang aus der Stimme dieses sonst so beherrschten und harmonischen Menschen, welche Flamme schlug aus seinen dunklen Augen. War er wahnsinnig?

Märta — dachte Rick auf einmal — er will zu Märta! Jetzt — in der Nacht. Vielleicht hatte er sie nur deshalb in seinen eigenen Bungalow bringen lassen, um sie für sich allein zu haben!

„Wenn Sie fahren, dann komme ich mit! Märta wird sich freuen, uns beide zu sehen — obwohl es ein bißchen spät ist!“

Ricks Stimme klang eiskalt, er war zu allem entschlossen.

Langsam wandte Dr. Algot den Kopf. Er drückte auf den Starter. Der Motor des starken Wagens brauste auf.

„Gehen Sie aus dem Weg“, sagte Algot ruhig. Nur seine dunklen Augen glühten.

Auf Ricks Stirn schwollen die Adern:

„Ich denke nicht daran!“

Er trat einen Schritt näher an den Wagen heran. In diesem Augenblick wirbelte etwas durch die Luft. Rick fühlte, wie eine Schlinge über seinen Kopf glitt. Ein Ruck — der Boden glitt ihm unter seinen Füßen weg, er stürzte. Hart schlug er auf den zementierten Boden der Garage auf. Er fühlte, wie er in purpurne Tiefen stürzte. Mit einer fast verächtlichen Bewegung schob Dr. Algot den leblosen Körper beiseite. Ruhig steckte er die seidene Schnur wieder in die Tasche. Sorgfältig schloß er die Garagentür hinter sich — dann brapste der Wagen in die Nacht hinaus.

X Kapitel

Märta hatte sich an diesem Abend früh gemeldet. Selbst hier oben in den Bergen war es

heiß gewesen, und die seltsame Farbe des Himmels machte Menschen und Tiere unruhig. Sie hatte das Multiteppichpar fortgeschickt, sie brauchte nichts mehr.

Die beiden stämmischen Katzen hatten sich auf die Marmorbalustrade der Terrasse zurückgezogen. Hier blühten sie schläfrig in das scheldende Licht der Sonne. Der kleine Gibbon amisierte sich mit dem Moskitozetz, das vor die Fenster gespannt war.

Die vielen Blumen dufteten betäubend. Märta konnte von ihrem Lager aus den Garten überblicken, sie bewunderte die Farbenpracht der tropischen Blüten und die smaragdgrüne Quelle, die in das Bassin rieselte. Dieses Haus in den Bergen, das Algot so bescheiden Bungalow genannt hatte, war wie ein Traum. Schönheit und Harmonie — wie der Mann, dem dieser Besitz gehörte.

Märta schloß die Augen. Die Ruhe tat ihr gut. Sie hatte sich in den Tagen, wo sie hier oben in den Bergen allein gewesen war, gut erholt. Die jagende Nervosität, das Gefühl war von ihr gewichen, sie sah ihren Weg klar vor sich. Sie würde Wigato verlassen. Algot würde ihr dazu verhelfen. Sie würde nach Oslo heimkehren und ihre alte Arbeit wieder aufnehmen. Sie hatte eine Menge Aufzeichnungen aus Peru zu ordnen, Dinge zu katalogisieren und Arves Notizen auszuarbeiten. Sie würde viel zu tun haben, aber das war gut so.

Die Ehe mit Rick Stjernval würde schnell geschieden werden, sie konnte einen Anwalt, der das diskret und taktvoll erledigte. Und dann war das Kapitel Rick abgeschlossen. Sie würde ihn wohl nie wiedersehen — sie durfte ihn nicht wiedersehen, denn sie mußte ihn vergessen. Sie war noch jung, die Zeit heilt alle Wunden! Vielleicht kamen einmal Tage, da sie über diese Hochzeitsreise lachen würde. Und doch wußte sie, daß sie Rick nie vergessen konnte, daß sie für Zeit und Ewigkeit innerlich an ihn gebunden war! Doch damit mußte sie selbst fertig werden.

Rick war sicher sehr zufrieden, daß sie hier oben in den Bergen war. Man konnte es ihm nicht verdenken, daß er Celia verfallen war, kein Mann konnte unberührt an dieser Frau

vorübergehen. Aber würde sie Rick glücklich machen können? War das Ganze nicht nur ein Rausch?

Märta schob die seidene Decke beiseite und setzte sich im Bett auf. Sie durfte nicht an so etwas denken, Ricks Zukunft mußte ihr gleichgültig sein.

... aber ich will, daß er glücklich wird“, sagte sie leise. Er hungerte nach Schönheit, nach Erleben — nach Glück. Konnte Celia ihm das geben?

Märta sah auf die Uhr. Es war halb zehn. Und doch war es noch hell, denn es war Vollmond. Ein seltsam blutroter Mond stand am Himmel. Sie hatte noch nie so etwas gesehen. Dieses Licht machte alles so unwirklich.

Sie stand auf und nahm einen leichten, seidnen Schal um die Schultern. Sie ging auf die Terrasse hinaus, vielleicht war es dort ein klein wenig kühler.

Hundert weißer Orchideen mit zartrosa Kelchen hingen in Büscheln über das niedrige Gelände. In den Skandinavien kostete so eine Blüte ein Vermögen — hier wuchsen Orchideen wie Unkraut. Wie ein goldener Wasserfall fluteten gelbe Marschall-Niel-Rosen über eine der Mauern. Märta drückte ihre Lippen an die kühlen Blütenblätter. Die weichen dornlosen Stengel konnten keinen Schaden anrichten. Märta pflückte ein paar Rosen ab, um sie in das Brunnenbassin zu werfen, wo sie wie kleine, goldfarbene Segelschiffchen herumschwammen.

Als Märta die Hand ins Wasser tauchte, zog sie sie mit dem Ausruf des Erstaunens zurück. Das Wasser, das sonst klar und kühl war, war heute beinahe heiß.

Sie blickte zu dem gewaltigen Kegel des Vulkans empor. Der unheimlich nahe hinter dem Hause aufliegende Rieske, erstarrte Lavablocke lagen überall umher, überwachsen von tropischen Blumen. Man konnte deutlich sehen, wie vor vielen Jahren die Lavamasse sich den Weg ins Tal gebahnt hatte. Aber dies mußte schon lange her sein, denn der üppig wuchernde Urwald hatte längst wieder begonnen, seinen grünen, undurchdringlichen Teppich auszubreiten.

(Fortsetzung folgt)

einem alten Benzintank zur Explosion gebracht, um zu sehen, wie ihre Freunde und Kollegen — in der Annahme, die erwartete Atomexplosion sei erfolgt — aus den Federn sprangen. Diesen Zweck konnten sie in vollem Umfang erreichen. Sachschäden entstanden nicht. Einige Schiffe, die im Hafen von Onslow vor Anker lagen und sich bereits zum Auslaufen nach dem Montebello-Archipel anschickten, konnten rechtzeitig zurückgeholt werden.

Sudan-Verhandlungen in Kairo

Gespräche über Nahostverteidigung „zu früh“ Kairo (UP). Zwischen Ägypten, Großbritannien und dem Sudan wurden hier Dreiecksverhandlungen über die Zukunft des Sudan eingeleitet. Die Verhandlungen sind jedoch zunächst nur vorbereitender Natur, da mit Entscheidungen frühestens nach der Rückkehr des Führers der sudanesischen Unabhängigkeitsbewegung Abd el Rahman el Mahdi gerechnet werden kann. Dieser will gegenwärtig noch in London, wo weitere Unterredungen mit dem britischen Außenminister Eden bevorstehen. Im Laufe dieses Monats soll Abd el Rahman nach Kairo kommen. Die britische Botschaft in Kairo hat bisher eine Stellungnahme zu dem Verlauf der ersten Verhandlungen zwischen Ministerpräsident Naguib und dem britischen Botschafter Stevenson abgelehnt. Naguib konferierte ferner mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ali Maher und sudanesischen Vertretern. Auch zwischen dem britischen Botschafter und sudanesischen Beamten fand eine Unterredung statt. Von ägyptischer Seite werden diese Sudan-Gespräche als „Meinungsaustausch“ bezeichnet.

Der saudi-arabische Außenminister Prinz Faisal erklärte in Kairo, Gespräche über eine Verteidigungsorganisation im Nahen Osten seien bis zu einer Regelung der britisch-ägyptischen Sudan- und Suezkanal-Kontroverse verfrüht. Prinz Faisal betonte, daß sich alle arabischen Staaten in dieser Meinung einig seien.

Vier Todesurteile in der Slowakei

Für Angehörige der „Weißen Legion“ Wien (UP). Ein Gericht in Kaschau (Slowakei) hat vier Angehörige der „Weißen Legion“, einer Untergrundbewegung in der Tschechoslowakei, wegen „Sabotage und Spionage für die Vereinigten Staaten“ zum Tode verurteilt. Wie die amtliche tschechoslowakische Nachrichtenagentur weiterhin mitteilte, wurden im gleichen Prozeß ein fünfter Angeklagter zu lebenslänglichem Zuchthaus und drei weitere wegen der gleichen Delikte zu Zuchthausstrafen zwischen 15 und 20 Jahren verurteilt. Mit dieser Mitteilung hat die Tschechoslowakei zum ersten Mal die Existenz der „Weißen Legion“ zugegeben, deren Radiosendungen noch im Frühjahr letzten Jahres in Prag gehört werden konnten. Der Sender der Untergrundbewegung mußte durch die Waldgebirge der Mittel- und Ostslowakei immer wieder vor der tschechoslowakischen Armee und Polizei flüchten. Einmal wurden von ihm erbiterte Kämpfe zwischen der Untergrundbewegung und der Polizei gemeldet.



Bundeskanzler Figl als Blutspender Für österreichische Bundeskanzler Dr. Leopold Figl folgte als erster von vielen tausend Österreichern dem Ruf des Roten Kreuzes zur Blutspende für das Wiener Hospital.

306 000 Evakuierte wollen heim

13 000 Wohnungen fehlen zur Rückführung Bonn (UP). Im Bundesgebiet gibt es noch immer rund 306 000 Personen, die durch die Kriegereignisse evakuiert wurden und noch nicht in ihre Heimatorte zurückkehren konnten, obwohl sie dazu bereit sind. Die größte Zahl Evakuiertes hat Nordrhein-Westfalen (insgesamt 139 111). Sie wohnen aber zum größten Teil auch heute im eigenen Land. Hessen und Bayern folgen mit 35 881 und 32 049 Evakuierten. An sechster Stelle folgt Rheinland-Pfalz mit 19 200, an siebenter Stelle das frühere Württemberg-Baden mit 11 169, an achter Stelle das ehemalige Land Baden mit 2 839 Evakuierten. Die geringste Zahl evakuiertes Landeskinde, nämlich 767, weist das frühere Land Württemberg-Hohenzollern auf. Nach einer im Regierungsbuletin veröffentlichten Übersicht fehlen für die nicht im eigenen Lande wohnenden rückkehrwilligen Evakuierten — das sind rund 70 000 Personen — insgesamt 18 450 Wohnungen, die gebaut werden müßten, bevor die Evakuierten zurückziehen könnten.

ABC-Schützen sollen es leichter haben

Eine Rechenmaschine erobert die Welt — Die Geschichte eines Amateur-Erfinders Essen (ld). Dies ist die Geschichte eines Amateur-Erfinders, der einmal Glück hatte. Die Geschichte eines Mannes, der die allbekannte russische Rechenmaschine, mit der auch heute noch unsere ABC-Schützen das Rechnen lernen, so verbesserte, daß sich heute die Lieferkästen der ganzen Welt um ihren Vertrieb und die Lizenz reifen. Dabei ist Wilhelm Mikoleit, ein gebürtiger Ostpreuße, den die Nachkriegszeit als Büroangestellten nach Essen verschlug, keineswegs vom Feich. Nur den Verstand hat er auf dem rechten Fleck. Und dieser Verstand sagte ihm eines Tages, als er wiederum einmal den 1-Männchen seiner Verwandtschaft bei den Schularbeiten half. Hier stimmt etwas nicht. Die Kleinen versuchen zwar die bunten Kugeln der Rechenmaschine von links nach rechts zu schieben, sie zählen auch brav, doch wenn sie dann die Zahl schreiben sollten, die sie errechnet hatten, schauten sie Wilhelm Mikoleit mit großen Kinderaugen unwissend an. Den heute 36jährigen ärgerte das. Und da er wie gesagt, kein Fachmann war — „Dann hätte ich es nie geschafft“ meint er jetzt — hatte er eine Idee. Irgendwo beim Verschieben mußte auch eine Zahl auftauchen, damit das Kind neben dem Mengenbegriff auch den Zahlenbegriff erfaßte. Er setzte sich hin und bastelte, drei Jahre lang; Er konstruierte in der

Mitte der Rechenmaschine eine Welle, die die Bewegung der Kugeln auf eine Rastatur überträgt und von dort auf einen Kasten auf dem Rahmen der Maschine weiterleitet. Hat das Kind nun sechs Kugeln verschoben, so erscheint in dem Zahlenkasten die Nummer sechs. Nicht nur addieren kann man mit dieser Verbesserung, sondern auch subtrahieren und multiplizieren. Alles im Rahmen von eins bis hundert.

Drei Jahre lang hungerte und darbtete Wilhelm Mikoleit und dann kamen die Paten-, Lizenz- und Ausstellungsgebühren, die bei einem Monatseinkommen von 280 Mark wiederum harte Einschränkungen erforderten. Eines Tages aber war es so weit und der Erfinder stand mit Herzklopfen mit seiner Maschine in einem Stand. Die Angst verging bald. Es war ein Erfolg, den das Ausland noch mehr erkannte als die deutschen Stellen. Acht holländische Firmen streiften sich heute darum, die neue Maschine in den Niederlanden und Indonesien zu verteilten. Titos Abgesandter erkundigte sich persönlich. Kanada bestellte gleich 3000 Stück zur Probe. Es folgten Schweden, Südafrika, Südamerika, Italien und andere Länder. Viele wollen die Herstellungslizenzen erwerben, da eine Einfuhr durch hohe Schutzzölle erschwert ist.

Hajmut Mikoleit, immer noch kleiner Büroangestellter, kann sich vor Anfragern nicht retten. Saß er einst nächtelang über seiner Erfindung, so sitzt er heute über internationaler Korrespondenz. Wenn er soweit ist, daß er aus seinem möblierten Zimmer ausziehen kann, will er sich ein kleines Häuschen bauen, heiraten und weiter erfinden. Er hat nämlich noch ein paar gute Ideen und glaubt, daß er auf dem rechten Wege sei.

Rätselraten um die „Nationalarmee“

Entsteht sie stillschweigend oder wird sie am 7. Oktober proklamiert? Berlin (UP). Berichte und Gerüchte aus der Ostzone haben in den letzten Tagen die Frage aufgeworfen, ob Pankow anläßlich des dritten Gründungstages der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik, den 7. Oktober 1952, zum Geburtstag der lebhaft propagierten „Nationalarmee“ machen will. Obwohl sich Gerüchte über die Proklamation einer „Volksarmee“ zu dem genannten Datum in weiten Kreisen der Ostbevölkerung hartnäckig behaupten, stehen politische Beobachter in Westberlin dieser Auffassung recht skeptisch gegenüber. Die offizielle Aufstellung militärischer Streitkräfte in der Ostzone zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde nach ihrer Ansicht propagandistisch im Widerspruch zu den letzten „Volkskammer“-

Sowjetunion fordert Abberufung Kennans

Der US-Botschafter kehrt nicht nach Moskau zurück — Kein Abbruch der Beziehungen

Washington (UP). US-Außenminister Acheson teilte mit, daß die Sowjetunion die sofortige Abberufung des Botschafters George Kennan aus Moskau als „persona non grata“ gefordert habe. Acheson sagte, die Sowjetunion habe gegen die Äußerungen protestiert, die Botschafter Kennan am 19. September in Berlin gemacht habe. Kennan hatte damals erklärt, die Diplomaten der Westmächte in Moskau seien praktisch Gefangene. Die Sowjetunion hat diese Erklärung Kennans als „verleumderischen Angriff“ gegen die Sowjetunion bezeichnet und darauf hingewiesen, daß Kennan damit „die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts in grober Weise verletzt“ hätte. Acheson fügte hinzu, die Regierung der USA betrachte diese Beschuldigungen der Sowjetunion als nicht stichhaltig. Kennan werde offiziell nicht aus Moskau abberufen werden, sondern „zur Konsultierung“ nach Washington zurückkehren. In der sowjetischen Note sei dagegen seine sofortige Abberufung vom Posten des amerikanischen Botschafters in der Sowjetunion gefordert worden. Es besteht allerdings dann keine Möglichkeit, Botschafter Kennan nach Moskau zurückzuschicken, solange er von der Sowjetunion als „unerwünscht“ bezeichnet werde. Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion werde in Washington nicht in Erwägung gezogen, sagte Acheson weiter. Er sei auch nicht daran gedacht, die Abberufung des sowjetischen Botschafters Sarubin aus Washington zu verlangen. Botschafter Kennan befindet sich zur Zeit in Genf und wird noch einige Zeit in West-

europa verbringen, bevor er nach Washington zurückkehrt. Acheson verteidigte Botschafter Kennan und sein Verhalten. Er sagte, die Sowjetunion habe selbst die Umstände geschaffen, die Kennan völlig zutreffend in Berlin gekennzeichnet habe. Dies werde auch der Sowjetunion zur Kenntnis gebracht werden. „Botschafter Kennan ist nicht nur in den USA, sondern in der ganzen Welt als guter Kenner der Sowjetunion und als Freund der legitimen Bestrebungen des russischen Volkes bekannt“. Die Forderung seiner Abberufung aus Moskau beruhe zweifellos darauf, daß die ganze Welt die Wahrheit seiner Behauptungen anerkennen werde. Die Völker der Sowjetunion seien sich auch dessen bewußt, daß Ausländer dort in einer Weise behandelt werden, wie es seit Generationen im internationalen Leben der zivilisierten Welt nicht üblich sei. Auf einige Fragen antwortete Acheson, daß an die Ernennung eines Nachfolgers für Kennan nicht gedacht sei. Er werde vom rangältesten Beamten der Botschaft, McWeeney, vertreten werden. Botschaftsleiter O'Shaughnessy befinde sich zur Zeit nicht in der Sowjetunion. Dazu wird in unterrichteten Kreisen bemerkt, daß Botschafter Kennan bereits im Jahre 1947 für eine unangenehme Politik gegenüber der Sowjetunion eingetreten sei. Er habe damals unter dem Namen „Mister X“ in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ einen vielbeachteten Artikel veröffentlicht, in dem er die Politik der Sowjetunion analysierte und eine „Eindämmungspolitik“ als Gegenmaßnahme empfahl. Kennan war als Rußlandkenner am 7. Februar 1952 zum amerikanischen Botschafter in der Sowjetunion ernannt worden.

Appellen an den Bundestag und zu den örtlichen Kampagnen gegen die Ratifizierung über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stehen.

Eine nahe bevorstehende Schaffung „nationaler Streitkräfte“ scheint auf der anderen Seite ein Artikel von Heinz Kehler, Generalinspekteur in der Volkspolizei und Mitglied des FDJ-Zentralrates, anzudeuten. Kehler kritisiert in der „Jungen Welt“ heftig die Opposition weiler Bevölkerungskreise gegen eine Remilitarisierung, die sich auf das Argument „es sei noch nicht so weit“ stützt. „Weil es nicht erst ‚soweit kommen‘ darf, schaffen wir jetzt nationale Streitkräfte“, erklärte der Generalinspekteur. „Wir werden unsere nationalen Streitkräfte ständig stärken, weil wir unserem Volk das Schicksal des koreanischen Volkes ersparen wollen.“

Die Ausführungen Kellers ließen jedoch die Frage völlig offen, ob die fast 100 000 Mann starke Volkspolizei durch offizielle Proklamation in „nationale Streitkräfte“ umgewandelt oder durch schrittweise Änderung ihrer Ausrüstung und Bewaffnung ohne großes Aufsehen zur „Volksarmee“ gemacht werden soll. Auf die letzte Möglichkeit deuten verschiedene Meldungen westlicher Blätter hin, nach denen die Volkspolizei am 7. Oktober zum ersten Mal in khakifarbigen Uniformen und Feldmützen nach sowjetischem Muster aufmarschieren soll.

Kein Friedensnobelpreis in diesem Jahr

Albert Schweitzer war in der engeren Wahl Oslo (UP). Der diesjährige Friedensnobelpreis wird, wie das Nobelpreis Komitee des norwegischen Parlaments bekanntgab, in diesem Jahr nicht verliehen. Der mit der Verleihung des Preises verbundene Betrag von 171 134 Schwedenkronen wird auf das kommende Jahr überdrückt.

Der Nobelpreisausschuß hat bisher keinen Grund für seinen Entschluß angegeben. Nach Aussagen zuverlässiger Kreise hatte der mexikanische Staatspräsident Miguel Aleman Valdes die meisten Befürworter außerhalb des Komitees, während das Komitee selbst den indischen UN-Delegierten Sir Benegal Rau und den „Urwaldökter“ von Lambarone, Albert Schweitzer, in die engere Wahl gezogen haben soll. Keiner der vorgeschlagenen Kandidaten habe jedoch die einstimmige Billigung des Ausschusses gefunden. In der langen Liste der Kandidaten befanden sich mehrere Deutsche, die sich im Dienst für den Frieden hervorgetan haben, wie Prof. Friedrich Wilhelm Förster, dessen scharfe Stellungnahme gegen Nationalismus und Militarismus ihm die Feindschaft der rechtsradikalen Kreise in Deutschland einbrachte (er lehrt jetzt in New York), und der aus Düsseldorf gebürtige Professor Hans Wehberg, der sich in verschiedenen Schriften für die Völkerverständigung verwendet hat. Andere bekannte Namen auf der Liste sind der kanadische Außenminister Lester Pearson, der Führer der Bewegung für moralische Aufrüstung, Frank Buchman, sowie der bekannte spanische Liberale Salvador de Madariaga.

Kongreß der Labour Party beendet

Bevan-Flügel gewann an Einfluß Morecambe (UP). Der diesjährige Kongreß der Labour Party wurde beendet. Politische Beobachter gewannen den Eindruck, daß der Kongreß zu einer erheblichen Stärkung des linken Flügels der Partei unter der Führung von Aneurin Bevan führte. Die Einheit der Partei sei gefährdet, und die konservative Regierung Winston Churchills könne anläßlich ihres in der kommenden Woche in Scarborough beginnenden Parteikongresses Vorteile aus dieser Entwicklung ziehen. Es wird angenommen, daß Aneurin Bevan und seine Anhänger nach dem Wiederausammentreten des Unterhauses in zwei Wochen versuchen werden, ins „Schattenkabinett“ der Labour-Fraktion aufgenommen zu werden. In politischen Kreisen Londons wird es auch als möglich bezeichnet, daß Attlee in absehbarer Zeit von der Führung der Labour-Fraktion zurücktritt und Herbert Morrison von den einflußreichen Gewerkschaften als sein Nachfolger vorgeschlagen wird.

Deutsch-australische Handelsbesprechungen

Besprechungen über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages wurden zwischen der unter Leitung von Ministerialrat Dr. A. H. von Scherpenberg stehenden deutschen Delegation und der australischen Regierung in Canberra aufgenommen. Bei seiner Ankunft kündigte der deutsche Delegationsleiter an, daß die Bundesrepublik über 30 000 Tonnen australische Wolle zu kaufen beabsichtige.

Advertisement for Persil detergent. It features a stylized illustration of a woman's face on the left. The text reads: "... und auch Frau Pieper sagt: Ich bleibe bei Persil! Warum? Weil ich auf die Dauer mit dem schonenden Persil billiger wasche. Man soll nie am falschen Ende sparen." The Persil logo is prominently displayed in the center.

Umschau in Karlsruhe

Wasser in der Milch

Karlsruhe. Wegen Vergehens gegen das Lebensmittel- und das Milchgesetz, verhängte das Amtsgericht Ettlingen am 12. März gegen die Landwirtin Karoline B. aus Langensteinbach eine Geldstrafe von 20 DM. Eine Überprüfung der von ihr abgelieferten Milch hatte ergeben, daß diese 8% Wasser enthielt. Die von der Angeklagten eingeleitete Berufung wurde von der Karlsruher Strafkammer III zurückgewiesen. Das Gericht nahm an, daß der Beschuldigten, die sich eines guten Rufes erfreut, ein Versehen unterlaufen war. Im-

Zerrüttete Ehe warf eine Frau aus der Bahn

Karlsruhe. Unglaublich verworrene Eheverhältnisse bildeten die Veranlassung, daß die bisher unbescholtene 31jährige in Scheidung lebende Ruth W. aus Karlsruhe entleiste und sich wegen einer Serie von Betrugsfällen und Unterschlagungen vor dem Amtsgericht verantworten mußte. Ein Kriegseid des Mannes trug dazu bei, daß die Ehe zerbrach. Die Angeklagte hielt sich von Ende Oktober bis Ende Dezember 1951 im Erholungsheim des Roten Kreuzes in Marxzell auf. Als die Leiterin auf Zahlung drängte, versprach die Angeklagte baldige Begleichung der Rechnung von 450 DM, die sie jedoch schuldig blieb. In mehreren Fällen erschwand sie Geldbeträge und veranlaßte einen Kaufmann in Marxzell zur Herausgabe von Lebens- und Genussmitteln auf Kredit im Wert von 140 DM, die sie nicht bezahlte. 20 DM, die ihr von einer Frau zur Bezahlung von Miete und einer Reparaturrechnung übergeben waren, behielt sie für sich. Bei einem Arzt in Marxzell führte sie Ferngespräche, die sie nicht bezahlte. Als sie ihren Mann besuchte, mietete sie sich in einem Gasthaus in Wiesloch ein und verschwand heimlich unter Hinterlassung einer Schuld von 15 DM und Mithahme der Hausschlüssel.

In zwei Fällen machte sie sich der Urkundenfälschung schuldig. Im Frühjahr 1952 unterschrieb sie einen Postcheck mit dem Namen ihres Mannes, obwohl sie wußte, daß sie dazu nicht berechtigt war, da ihr die Postvollmacht entzogen war. Im Mai unterschrieb sie beim Warenkreditverein einen Antrag auf 250 DM Kredit sowie eine Vollmacht mit dem Namen ihres Mannes, worauf ihr 250 DM Kredit gewährt wurden. Da der Kreditverein nur Kredit gewährt, wenn beide Ehegatten sich gesamtschuldnerisch verpflichten, hat sie dadurch das Kreditverhältnis des Kreditvereins gefährdet und diesen geschädigt. Durch die Vorfälle gefälschter Urkunden und Annahme des Kredits machte sie sich des Betrugs schuldig. Wegen dieser letzten Fälle der Urkundenfälschung in zwei Fällen in Teilnehmigkeit mit Betrug erkannte das Amtsgericht auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten und zwei Wochen, welche durch die Untersuchung als verbüßt gelten. Im übrigen erfolgte Freisprechung. Die Angeklagte wurde auf freien Fuß gesetzt. Hinsichtlich der übrigen Tatbestände ist zwar der objektive Tatbestand gegeben, aber es erschien fraglich, ob der subjektive Tatbestand gegeben war. Die Unterkauf im Roten-Kreuz-Heim hat sie anfänglich bezahlt, dann aber die Zahlungen aufgegeben. Freisprechung erfolgte, weil der Sachverhalt nicht mehr genau geklärt werden konnte und zu ihren Gunsten angenommen wurde, daß sie eine betrügerische Absicht nicht gehabt hatte. Im.

Karlsruhe. In Karlsruhe fand die zweite theologische Prüfung statt. Sämtliche Prüflinge, 14 Kandidaten und 1 Kandidatin, haben die Prüfung bestanden. (epd)

Karlsruhe. Der 3. Verbandstag der süddeutschen Schreiner ist mit der Eröffnung einer Landesfachausstellung für das Schreinerhandwerk in Karlsruhe eingeleitet worden. (ep)

Aus der badischen Heimat

Also doch Seehund im Rhein

Mannheim (sw). Es scheint also doch Seehund im Rhein zu geben. Ein alter, erfahrener Bademeister im Mannheimer Strandbad fell im Rhein in Höhe des Mannheimer Strandbades deutlich einen Seehund zucken



Der „Volkaroller“ ist da

Ein Bremerhavener Werkmeister konstruierte dieses steuer- und führerscheinfreie Fahrzeug aus einem „Einrohrwagen“. Es wiegt 40 Pfund, hat einen Motor, der auf 100 km 1,5 Liter Brennstoff verbraucht, und soll eine Höchstgeschwindigkeit von 40 km/Std. erreichen

haben. Als er einen Stein nach dem Tier geworfen habe, sei es untergetaucht. Der Leiter der Wasserschutzpolizei Württemberg-Baden, Hauptkommissar Franz Drey, ist der Meinung, daß man dem Bademeister und den beiden Fischern durchaus trauen, wenn man auch noch eine gewisse Skepsis nicht überwinden könne.

Mannheim. Die feierliche Einweihung der wiedererrichteten Melanchthonskirche in Mannheim fand durch Landesbischof D. Bender statt. (ZSH)

Landesleitung an der Bergstraße?

Laudenbach, Kreis Mannheim (sw). Das Landesleitungsamt Karlsruhe prüft zur Zeit die Möglichkeiten, bei der Gemeinde Laudenbach an der Bergstraße, der letzten nordbadischen Gemeinde vor der süddeutschen Grenze, eine Bauernsiedlung zu errichten. Wenn genügend Interessenten für diesen Plan vorhanden sind, soll die Siedlung gebaut werden.

Brand in Sankt Ilgen

Sankt Ilgen bei Heidelberg (sw). In der Lederfabrik Sankt Ilgen GmbH. brach ein Brand aus, dem die Hälfte des Fabrikgebäudes zum Opfer fiel. Nach einstündiger Arbeit gelang es den Feuerwehren aus Sandhausen und Sankt Ilgen, das Feuer zu lokalisieren. Der Brand brach laut Augenzeugenberichten im Dachstuhl des Gebäudes aus. Die Lederfabrik Sankt Ilgen ist ein mittlerer Gewerbebetrieb, der bei Ausnützung seiner vollen Kapazität etwa 30 Arbeiter beschäftigt.

Landtag kann Minister-Entlassung verlangen

Weitere Beschlüsse des Verfassungsausschusses in Stuttgart

Stuttgart (sw). Der Verfassungsausschuss der Verfassungsgebenden Landesversammlung Baden-Württemberg hat beschlossen, daß der Regierungschef einen einzelnen Minister entlassen muß, wenn dies zwei Drittel der Abgeordneten des Landtags verlangen. Dieser Vorschlag im Verfassungsentwurf der CDU wurde nach längerer Debatte mit 18 gegen 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Der Ausschuss verabschiedete ferner einige Artikel des Abschlusses über die Gesetzgebung. Die Beratung des einleitenden Artikels, wonach allgemein verbindliche Anordnungen der Staatsgewalt, durch Rechte oder Pflichten geändert oder aufgehoben werden, der Form des Gesetzes bedürfen, wurde zurückgestellt. Es soll dazu zunächst die Stellungnahme der Regierung eingeholt werden.

Dagegen einigte sich der Ausschuss darauf, daß in die Verfassung eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach Gesetze auch durch Volksabstimmung beschlossen werden können. Außerdem stimmte der Ausschuss dem Artikel des Entwurfs der Regierungsparteien zu, daß die Regierung ein vom Landtag beschlossenes Gesetz vor seiner Verkündung zur Volksabstimmung bringen kann, wenn dies von einem Drittel der Mitglieder des Landtags beantragt wird. Mit 12 gegen 11 Stimmen bei zwei Enthaltungen wurde beschlossen, in diesen Artikel auch den Vorschlag des CDU-Entwurfs aufzunehmen, daß die Regierung unter den gleichen Voraussetzungen über ein von ihr eingebrachtes, aber vom Landtag abgelehntes Gesetz eine Volksabstimmung herbeiführen kann. Eine Volksabstimmung un-

terbleibt jedoch, wenn der Landtag nachträglich das Gesetz beschließt. Einstimmig billigte der Ausschuss die in beiden Entwürfen enthaltene Bestimmung, daß bei einer Volksabstimmung die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen entscheidet. Zustimmung des Ausschusses fand auch die Bestimmung, daß die Ermächtigung, Rechtsverordnungen zu erlassen, nur durch Gesetz erteilt werden kann. In dem Gesetz muß jedoch festgelegt werden, welcher Stelle die Ermächtigung übertragen werden soll.

Kormorane am Neckar

Mosbach (sw). Im Reihewald bei Zwingenberg am Neckar hat sich ein Kormoran-Pärchen eingefunden. Die Kormorane wurden in diesem Gebiet bisher nicht gesichtet. Sie treten in Deutschland sehr selten auf. Die Kormorane gehören zu den Schwimmtauchern. Sie nisten meist auf Bäumen.

Kleiner Kavallerie - ganz groß

Tauberbischofsheim (swk). Ein Bauunternehmer wurde von einem zehnjährigen Bublen auf der Straße angehalten und gebeten, er möge ihn doch in seinem PKW ein Stück mitnehmen. Gesagt - getan. Am Endziel stieg der junge Mann aus, langte in die Tasche und legte mit großartiger Gebärde 30 Pfennig auf den Schoß des Fahrers. „Da, leisten Sie sich mal ein Glas Bier für's Mitnehmen“, meinte der Drei-Käse-Hoch-Kavallerier mit feierlicher Leutseligkeit.

Eppingen, Kreis Sinsheim. Im Garten der Eppinger Brauerei Palmbräu wurde ein Rettich geerntet, der nicht weniger als sechs Pfund wog. (sw)

Kurve geschnitten - fünf Verletzte

Pforzheim (sw). Zwei Schwer- und drei Leichtverletzte gab es bei einem Verkehrsunfall auf der Würmtalstraße bei Pforzheim.

In seiner nächsten Sitzung wird sich der Verfassungsausschuss unter anderem mit dem Gesetzentwurf befassen.

Besichtigung des Münchener Landtags

Studien zum neuen Parlament

Stuttgart (sw). Der Vorstand der Verfassungsgebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg traf in München ein, um das bayerische Parlamentsgebäude und seine Einrichtungen zu besichtigen. Die 121 Volksvertreter des neugebildeten Landes Baden-Württemberg sind, wie Präsident Dr. Neinhäus (CDU), Oberbürgermeister von Heidelberg, Pressevertreter erklärte, bis jetzt nur sehr unzulänglich in einem gemieteten Haus untergebracht. Es sei daher beabsichtigt, ein neues Landtagsgebäude zu errichten. Das Präsidium werde auch noch einige andere Parlamentsgebäude, so vor allem in Düsseldorf, aufsuchen und die dort vorhandenen Einrichtungen studieren.

Die Gäste aus Stuttgart wurden vom Präsidium des bayerischen Landtags willkommen geheißen. Sie nahmen gemeinsam mit dem Landtagspräsidenten Dr. Hundhammer ein Mittagessen in der Landtagskantine ein.

Stuttgart unter grün-weißen Flaggen

Hauptversammlung des deutschen Alpenvereins - Mittler zwischen Mensch und Natur

Stuttgart (ZSH). Die grün-weiß-grünen Flaggen mit dem Edelweiß des Deutschen Alpenvereins geben an diesem Wochenende der Hauptstadt Baden-Württembergs das Gepräge. Vom 3. bis zum 5. Oktober findet hier die diesjährige Hauptversammlung des DAV statt. Damit ist Stuttgart nach 1896 und 1929 zum dritten Mal Ort dieser für den Verein sehr bedeutsamen Tagung. An der Hauptversammlung werden der 1. Vorsitzende des Österreichischen Alpenvereins, Prof. Busch, sowie Vertreter der schweizerischen und italienischen Alpenvereine teilnehmen.

Seit dem Zusammenschluß der Sektionen und der Wiedergründung des Deutschen Alpenvereins vor zwei Jahren ist die Mitgliederzahl ständig gewachsen und hat den Vorkriegsstand im Gebiet der heutigen Bundesrepublik nahezu erreicht. In 247 örtlichen Sektionen pflegen gegenwärtig rund 105 000 westdeutsche DAV-Angehörige das Bergsteigen und den Schilberl.

Der DAV ist korporatives Mitglied der Internationalen Bergsteiger-Vereinigung (UIAA). Mit dem Österreichischen Alpenverein verbindet ihn eine besonders enge Zusammenarbeit, die auf die Zeit des einheitlichen Deutsch-Österreichischen Alpenvereins (1899 bis 1945) zurückgeht. Zwischen dem DAV, dem ÖAV und dem Club Alpino Italiano besteht ein Abkommen, das den Mitgliedern in den Hütten aller drei Vereine Mitgliedsrechte einräumt.

Jede Sektion übt ihre Tätigkeit in einem bestimmten Alpengebiet aus, das ihr vom Hauptverein als Arbeitsgebiet zugewiesen worden ist. Aufgabe der Sektion ist es, ihr Gebiet, soweit nötig, für den Bergwanderer zu erschließen und im übrigen darüber zu wachen, daß die Natur in ihrer ursprünglichen Gestalt erhalten bleibt. Die Erschließung geschieht durch Anlage von Wegen und Bergpfaden, durch Wegmarkierungen, durch Mitarbeit bei der Herstellung von Wanderkarten und schließlich durch den Bau von Unterkunftsstätten.

Von den insgesamt 312 Hütten des DAV liegen 191 in Österreich, 51 in den bayerischen Alpen, die übrigen in den Heimatgebieten der einzelnen Sektionen. Seit 1945 stehen die DAV-Hütten in Österreich unter der Treu-

handverwaltung des Österreichischen Alpenvereins, der diese Amt in sehr loyaler Weise ausübt. So konnte kürzlich eine Vereinbarung getroffen werden, daß die von den deutschen Sektionen berufenen Hüttenwarte den österreichischen Hüttenbetreuern als „Hüttenbetreuer“ zur Seite gestellt werden. Damit haben die DAV-Sektionen die Möglichkeit erhalten, wieder an der Verwaltung ihrer Hütten mitzuwirken.

Die DAV-Jugend wird in Wort und Bild mit der Alpenlandschaft und den Bewohnern der Alpen vertraut gemacht. Ein wichtiger Teil der Betreuung ist die Unterweisung in den Fertigkeiten des Bergsteigens wie Griff und Tritt-Technik, Knotenschlagen, Orientierung usw. In den heimatischen Klettergebieten absolvieren die jungen Alpinisten dann ihre ersten Übungsstunden im Klettern. Später folgt eine scharfe bergsteigerische Schulung im Hochgebirge. Die aktiven DAV-Mitglieder sind teilweise in der Bergwacht tätig oder nehmen an Bergfahrten in Europa und Übersee teil. Über die Mitwirkung deutscher Alpinisten an einer geplanten Himalaja-Expedition wird noch verhandelt.

Für den Ausbau und Wiederaufbau der Hütten, die unter den Kriegsfolgen teilweise erheblich gelitten haben, wenden die Sektionen und der Gesamtverein ansehnliche Mittel auf. Dazu kommen Beträge, die der Jugendbetreuung, der Förderung des Bergsteigens in verschiedenster Weise sowie kulturellen Aufgaben gewidmet sind. Zu den letzten gehören Vorträge, Veröffentlichungen, wissenschaftliche Arbeiten, Naturschutz-Buch- und Kartenwesen. Der Haushaltsplan für das kommende Rechnungsjahr ist mit rund 400 000 DM ausgefallen. Dabei handelt es sich nur um den Gesamtverein. Daneben hat jede einzelne Sektion ihren selbständigen Haushalt. So ergibt sich ein Gesamtaufwand von rund 1,5 Millionen DM.

Alle Maßnahmen des DAV aber dienen letzten Endes nur dem großen Ziel, das die gesamte Arbeit des Vereins bestimmt: Mittler zwischen Mensch und Natur zu sein. Der DAV will dem Menschen die Alpen nahebringen und ihn lehren, aus der großartigen, in sich selbst ruhenden Hochgebirgswelt die Reize und die Kraft zu schöpfen, deren er im Daseinskampf bedarf.

als ein Jeep des staatlichen Sprengkommandos mit einem Personenwagen zusammenließ. Der Jeep hatte die Kurve geschnitten und war auf die linke Fahrbahnseite geraten. Einer der Schwerverletzten schwebt in Lebensgefahr

Weinkönigin fährt nach Paris

Bühl (sd). Auf Einladung des Internationalen Weinamtes in Paris wird die deutsche Weinkönigin 1953, Liesel Huber aus Neuweier im Kreis Bühl, Mitte Oktober nach Paris reisen. Damit wird zum ersten Mal der deutsche Wein durch eine Repräsentantin, der deutschen Weinkönigin, im Ausland vertreten sein.

Heimatsforscher tagten in Bühl

Am Sonntag trafen sich Vorstand und Mitglieder des Historischen Vereins für Mittelbaden in Bühl zu einer Jahresversammlung. Nach einer geschäftlichen Sitzung fand im Hotel „Krone“ die Festveranstaltung statt.

Nach der Begrüßung durch Bürgermeister Dr. Kist überbrachte Dr. Asaf den Dank und die Wünsche des Landeskulturamtes. Er betonte, daß die Arbeit der Heimatvereine mit sparsamen Mitteln und von wenigen Persönlichkeiten geleistet werden muß.

Bürgermeister Dr. Kist ehrte das vielverdienende Ehrenmitglied Dr. Stemmler aus Neusiedel und übertrug ihm die Leitung der Versammlung. Studienrat Fritz Langenbeck, Bühl, brachte im Anschluß daran in einem längeren Referat die Probleme der Ortsnamenforschung nahe und ging besonders auf die nähere Heimat ein. Er wies darauf hin, daß gerade der Ortsnamen ein Dokument darstellt, das weit in die Vergangenheit zurückreicht.

Reg. Dir. R. W. Walter, Rangendingen, setzte sich dann mit den „-ung-Siedlungen“ auseinander, die außer am Niederrhein und zwischen Havel und Elbe besonders in der näheren Heimat auffallend häufig zu finden sind. Er bewies durch seine interessanten Ausführungen, daß zwischen diesen drei Siedlungsgebieten eine Verbindung besteht. Denn im 9. Jahrhundert sind die Menschen am Niederrhein durch eine Sturmflut verdrängt worden und haben in unserer Gegend die „-ung-Siedlungen“ gegründet, weil ihrer Landschaftsbild dem ihrer Heimat ähnlich gewesen sein muß.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen unternehmen die Heimatfreunde eine Omnibusfahrt zur Ruine Altwinddeck. Mit einem gemütlichen Beisammensein in der Burgstube im „Ochsen“ endete die Tagung, die jedem Teilnehmer angenehme Stunden und neue Anregungen geboten hat.

Kehler Rathaus zurückgegeben

Kehl (sw). Das Rathaus der Stadt Kehl wurde von den französischen Behörden offiziell an die deutsche Stadtverwaltung zurückgegeben. Da sich das große Gebäude in einem ungewöhnlich schlechten Zustand befindet, wurde sofort mit den Arbeiten der Wiederinstandsetzung begonnen, die man bis zum 31. Januar 1953 abzuschließen hofft. Für die Wiederherstellung ist ein Betrag von 250 000 DM zur Verfügung gestellt worden.

Kultur

Deutsch-italienisches Filmabkommen

Die deutsch-italienische Kommission für Filmfragen hat ein Protokoll über deutsch-italienische Gemeinschaftsproduktionen ausgearbeitet, das gegenwärtig den beiden Regierungen zur Zustimmung und Unterzeichnung vorliegt. Dieses Protokoll ebnet, wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte, den Weg für eine deutsch-italienische Gemeinschaftsproduktion von jährlich 10 Filmen. Im gegenseitigen Einvernehmen kann die Zahl der gemeinschaftlich herzustellenden Filme erhöht werden. Die vorgesehene Gemeinschaftsproduktion soll den Filmindustrien beider Länder günstiger Finanzierungsmöglichkeiten schaffen und zudem das Absatzgebiet durch gegenseitige Benützung bestehender Absatz-Organisationen erweitern. In den beiden Herstellerländern werden die Gemeinschaftsproduktionsfilme wie einheimische Filme behandelt werden und genießen somit alle für die einheimischen Filmindustrien gewährten Vergünstigungen.



Um den schönsten Bart der Alpen

Der Gebirgsratten-Erhaltungverein „Hertler“ in Immenstadt (Allgäu) veranstaltete einen großen Bartwettbewerb. Im Mittelpunkt stand die Wahl des Bartkönigs 1952. Gegen 80 Alpler (Sennar) waren zu dieser Konkurrenz erschienen. Unser Bild zeigt Franz Mayer aus Hüttenberg/Sonthofen (22 Jahre alt), der mit 25,46 Stimmen des Publikums als Sieger und Bartkönig 1952 aus diesem Wettbewerb hervorging. Die 17jährige Elfriede Weber aus Immenstadt gibt ihm den Siegerkuss.